

Salzlandkreis
22 Fachdienst Jugend und Familie
Frau J. Pfeiffer
06400 Bernburg (Saale)

**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und
Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter aus Mitteln des Investitions-
programms des Bundes
(Richtlinien Ganztagsbetreuung VVII)**

1. Antragsteller gemäß Pkt. 3.2 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024

<input type="checkbox"/> Träger einer Kindertageseinrichtung		
<input type="checkbox"/> Träger einer Grundschule		
<input type="checkbox"/> Träger einer Förderschule		
<input type="checkbox"/> Träger einer Schule in freier Trägerschaft , die Finanzhilfen nach § 18 Abs. 1 und 2 Schulgesetz erhält		
<input type="checkbox"/> Gebietskörperschaft als Eigentümer der Liegenschaft der Kindertageseinrichtung oder Schule		
Name		
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)		
Auskunft erteilt (Name)	Tel.-Nr. (inkl. Vorwahl)	E-Mail

**2. Angaben zum geplanten Vorhaben und Darlegung der messbaren Ziele der Maßnahme
gemäß Pkt. 7.1.4 b) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024**

Name der Einrichtung
Ort der Durchführung des Vorhabens (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)

<input type="checkbox"/> Schaffung von Plätzen ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote	Anzahl
<input type="checkbox"/> Plätze ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote, die von der Schaffung räumlicher Kapazitäten profitieren	Anzahl
<input type="checkbox"/> Plätze ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote, die erhalten werden oder vom Erhalt räumlicher Kapazitäten profitieren	Anzahl

Kurzbeschreibung der Maßnahme gemäß Pkt. 7.1.4 a) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024 (Hinweis: Ausführliche Beschreibung als Anlage beifügen s. Pkt. 5 a) des Antrages)

Zuwendungsfähig sind gemäß Pkt 5.4.2 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024:

- Neubau-, Umbau- und Erweiterungsinvestitionen, einschließlich des Erwerbs von Gebäuden und Grundstücken,
- Sanierungsinvestitionen, einschließlich Maßnahmen zur energetischen Sanierung,
- Ausstattungsinvestitionen in ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote sowie
- investive Begleit- und Folgemaßnahmen, soweit diese in einem unmittelbaren und notwendigen Zusammenhang mit den Investitionsmaßnahmen stehen.

Geplanter Durchführungszeitraum gemäß Pkt. 4.4 und 4.7 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024

Beginn der Maßnahme	Abschluss der Maßnahme
---------------------	------------------------

Finanzierungsplan gemäß Pkt. 5.2 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024

Beantragte Zuwendung (maximal 70 %)	EUR
Eigenmittel	EUR
Drittmittel	EUR
Gesamtausgaben	EUR

3. Bemessungsgrundlage

Zuwendungsfähig sind ausschließlich die für die Durchführung der Maßnahme als erforderlich nachgewiesenen Ausgaben in Kindertageseinrichtungen und Schulen für Kinder im Grundschulalter entsprechend Pkt. 5.4.1 und Pkt. 5.4.3 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024.

4. Erklärung des Antragstellers

Hiermit erkläre ich, dass

1. das Gebäude/das Grundstück sich im Eigentum des Antragstellers befindet.
oder
 das Gebäude/das Grundstück angemietet/gepachtet ist (mind. 15 Jahre).
2. zurzeit keine weiteren finanziellen Mittel zur Finanzierung der vorgesehenen investiven Maßnahmen zur Verfügung stehen und
 die jeweilige Investition im Rahmen des Finanzhilfeprogramms „Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter realisiert wird.
3. keine Doppelförderung für das o. g. Vorhaben beantragt wurde
(Förderung nach diesen Richtlinien gemäß Pkt. 7.1.4 d) ist ausgeschlossen für Vorhaben, die nach anderen Gesetzen und Verwaltungsvereinbarungen im Wege der Anteilfinanzierung durch den Bund oder durch andere Förderprogramme des Bundes gefördert werden. Die Eigenanteile an den zuwendungsfähigen Gesamtausgaben dürfen nicht durch Mittel aus Zuwendungen aus Programmen der Europäischen Union ersetzt werden. Auch dürfen die Bundesmittel nicht zur Kofinanzierung von Programmen genutzt werden, die durch Mittel der Europäischen Union gefördert werden.)
4. die Gesamtfinanzierung des beantragten Vorhabens gesichert ist.
5. sämtliche Folgekosten übernommen werden.

- | | | |
|----|--------------------------|---|
| 6. | <input type="checkbox"/> | die Maßnahme (bei Beginn der Maßnahme nach dem 12.10.2021) noch nicht durch Abnahme aller Leistungen abgeschlossen ist. |
| 7. | <input type="checkbox"/> | bei der Planung und Durchführung der Maßnahme die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit entsprechend der Landehaushaltsordnung eingehalten werden würden. |
| 8. | <input type="checkbox"/> | die in diesen Antragsunterlagen gemachten Angaben vollständig und richtig sind. |

Ort, Datum	Stempel und rechtsverbindliche Unterschrift des Trägers
------------	---

5. Dem Antrag sind beizufügen:

- a) **ausführliche Beschreibung der Maßnahme** gemäß Pkt. 7.1.4 a) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024,
- b) **Nachweise** gemäß Pkt. 7.1.5 b) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024
- ba) zur Notwendigkeit der Investition und des Investitionsumfanges (zum Beispiel rechtliche Auflagen),
- bb) zur Angemessenheit des Projektes (Raumprogramm, Planungskonzept),
- bc) zur Erfüllung der Voraussetzungen nach Nummer 4.2 der Richtlinie (Vorlage eines vom Landeschulamt bestätigten Konzeptes (Träger von Schulen in freier Trägerschaft); Bestätigung der Bestandsfähigkeit der Grundschule von Schulaufsicht (Träger von öffentlichen Schulen); Genehmigung d. Schulbehörde für den 1. bis 4. Schuljahrgang gemäß § 12 Abs. 1 Schulgesetz (Ganztagsschulen)) **und** Darstellung der Einpassung der Maßnahme in das pädagogische Konzept
- bd) zur Nachhaltigkeit der Investition (Demografiecheck),
- be) zur Wirtschaftlichkeitsberechnung und
- bf) zum Investitionsplan (Kosten- und Zeitplanung, Beginn der Investitionsmaßnahme, **Kostenschätzung nach DIN 276 (mit Stempel, Unterschrift und Datierung)** gemäß Pkt. 5.4.1 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024
- bg) über die Eigentumsverhältnisse für das Grundstück bzw. Gebäude und ggf. Bestätigung zur Verpflichtung des Eigentümers gemäß Pkt. 4.9 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024
- Wichtig:** Ist der Letztempfänger nicht Eigentümer der Liegenschaft, auf der sich das zu fördernde Objekt befindet, ist die Verpflichtung des Eigentümers erforderlich, die Liegenschaft für die Dauer der Zweckbindungsfrist für den Betrieb der Einrichtung zur Verfügung zu stellen. Der Eigentümer tritt bei vorzeitiger Auflösung des Nutzungsvertrages über die Liegenschaft – gleich aus welchem Grund – in die Rechte und Pflichten des Letztempfängers aus dem Zuwendungsbescheid ein.*
- bh) ggf. zu einer Kooperationsvereinbarung zwischen Schule und Träger Kindertageseinrichtung oder zwischen Grund- oder Förderschule und einem außerschulischen Kooperationspartner gemäß Pkt. 7.1.3 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024
- bi) bei Baumaßnahmen die in Nummer 5 der Baufachlichen Ergänzungsbestimmungen zu den VV zu § 44 LHO (ZBau, Anlage zur VV/VV-Gk Nr. 6 zu § 44 LHO) genannten Unterlagen gemäß Pkt. 7.1.5 c) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024.
- c) **Erklärungen/Stellungnahmen**
- ca) Eine Eigenerklärung der Kommune, auf deren Gebiet sich die geförderte Einrichtung befindet, dass die beantragten Mittel nur für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden und weder kommunale noch Landesmittel ab dem Inkrafttreten des GaFinHG am 12. 10. 2021 durch die Finanzhilfen des Bundes ersetzt werden gemäß Pkt. 7.1.5 a) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024 (**Anlage 1**).
- cb) Stellungnahme/ Bestätigung von Kommune bzw. Kommunalaufsicht zur Realisierbarkeit der geplanten Investitionsmaßnahme unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Eigenanteils sowie der Tragbarkeit eventueller Folgekosten gemäß Pkt. 7.1.5 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024
- cc) Eigenbeteiligungsgarantie des Trägers gemäß Pkt. 5.2 des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024
- cd) bei einer vorangegangenen Förderung einer Maßnahme nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zum beschleunigten Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder aus Mitteln des Investitionsprogramms des Bundes, die Versicherung und Darstellung des Zusammenhangs zu dieser Maßnahme gemäß Pkt. 7.1.4 c) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024,
- ce) bei Sanierungsaufwendungen die Versicherung, dass diese nicht ausschließlich der Instandhaltung und dem Werterhalt der Bausubstanz dienen gemäß Pkt. 7.1.4 e) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024,
- cf) ggf. eine Erklärung, dass es sich um einen selbstständigen Abschnitt einer Investitionsmaßnahme handelt gemäß Pkt. 7.1.4 f) des Entwurfs der Richtlinie vom 23.05.2024.

Anlage 1 zum Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter aus Mitteln des Investitionsprogramms des Bundes

An
Salzlandkreis
22 Fachdienst Jugend und Familie
Frau J. Pfeiffer
06400 Bernburg (Saale)

Bundesinvestitionsprogramm zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter

Hiermit bestätigt die Stadt/Gemeinde/Verbandsgemeinde _____,
auf deren Gebiet sich die zu fördernde Einrichtung _____
befindet, dass die beantragten Mittel nur für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden und weder kommunale noch Landesmittel ab dem Inkrafttreten des GaFinHG am 12.10.2021 durch die Finanzhilfen des Bundes ersetzt werden (Pkt. 7.1.5 a) der Richtlinie zum o. g. Programm).

Ort, Datum

Unterschrift Kommune